

GPA forderte finanzielle Absicherung der AUVA

Utl.: Neue Bundesregierung hat Trendumkehr einzuleiten =

Wien (GPA/ÖGB) - Die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) sieht angesichts der angespannten finanziellen Situation der AUVA (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt) dringenden Handlungsbedarf für eine neue Bundesregierung. Die in den vergangenen Jahren beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen hätten den finanziellen Spielraum der AUVA massiv beschnitten und ließen die Unfallversicherung unverschuldet ins Defizit schlittern. Würde dieser Trend nicht gestoppt werden, befürchtete die GPA einschneidende Verschlechterungen hinsichtlich des Leistungsangebotes der AUVA und somit eine Gefährdung des Versorgungsstandards für die Versicherten.
++++

Zuschüsse zur Entgeltfortzahlung nach Unfällen bzw. krankheitsbedingten Verhinderungen, zu denen die AUVA seit 2002 verpflichtet ist, die Streichung von Unfallversicherungsbeiträgen für ArbeitnehmerInnen ab dem 60. Lebensjahr und die ebenfalls aufgehobene Beitragspflicht für Lehrlinge, tragen wesentlich zu einem abzusehenden jährlichen Bilanzverlust von mehr als 30 Millionen Euro bei. Die AUVA kosteten diese Erleichterungen, die von der letzten Bundesregierung für Arbeitgeber geschaffen wurden, alleine im Jahr 2005 rund 80 Millionen Euro, rechnet die GPA vor. Diese Verpflichtungen können mit dem eigentlichen Zweck und Auftrag der Unfallversicherung nicht in Einklang gebracht werden und hätten somit zu einem künstlich herbeigeführten Finanzdebakel der AUVA beigetragen. Die auch gestern von AUVA-Obmann Helmut Klomfar geforderte Kostenwahrheit bei der Abrechnung von Arbeitsunfällen in AUVA-fremden Krankenhäusern bzw. für die Behandlung von Nicht-Arbeitsunfällen in den Unfallkrankenhäusern der AUVA sieht die GPA ebenfalls als unbedingt notwendig an.

Die GPA erwartet sich von den künftigen Regierungsverantwortlichen ein klares Bekenntnis zu den vier Säulen der gesetzlichen Unfallversicherung, die von der AUVA durch Prävention, Unfallheilbehandlung, Rehabilitation und Renten umgesetzt werden und in diesem Zusammenhang eine nachhaltige Absicherung der finanziellen Grundlagen der AUVA.

ÖGB, 13. Oktober
2006

Nr. 681

Frische Kraft. Neue Richtung.

Noch bis 18. Oktober 2006: die Mitgliederbefragung des ÖGB zur
Gewerkschaftsreform.

Jetzt auf www.oegbreform.at

Gratis-Hotline: 0800 5 777 44 oder befragung@oegb.at

Rückfragehinweis:

~

GPA

Mag. Martin Panholzer

Telefon: (01) 05 0301/21511

Mobil: 05 0301/61511

eMail: martin.panholzer@gpa.at

<http://www.gpa.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0134 2006-10-13/13:00

131300 Okt 06

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061013_OTS0134